

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Europawahl und
Kommunalwahl in Sachsen
am 25. Mai 2014

Hier und in Europa

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind:
Reisen nach Brüssel,
Berlin und Thüringen,
Abonnements der Zeitung
neues deutschland ...

Seite 12

Kennen Sie TTIP?

Nein? Keine Sorge, da geht es Ihnen wie den meisten Menschen. TTIP ist die Abkürzung für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Dabei geht es nicht um die Abschaffung von Zöllen und Handelschranken. Diese gibt es zwischen Europa und den USA sowieso kaum noch. Ziel ist der Abbau von so genannten »nicht-tarifären Handelshemmnissen«. Als Handelshemmnis kann alles definiert werden: Verbraucherschutz, Datenschutz, Arbeitnehmerrechte. Was »dem Handel hinderlich« erscheint, also den Interessen von Großkonzernen widerspricht, soll »harmonisiert« werden, will heißen: abgesenkt werden. So könnten in Zukunft Kommunen verklagt werden, wenn ein amerikanisches Unternehmen der Meinung ist, bei Ausschreibungen nicht korrekt berücksichtigt worden zu sein. Auch das Importverbot für chlorbehandelte Hühnchen müsste aufgehoben werden. Es wird derbe Rückschritte in Sachen Mindestlöhnen und Arbeitnehmerschutz geben. Die Parlamente können am Ende nur noch über den gesamten Vertrag abstimmen, da ohne Öffentlichkeit verhandelt wird. Wir lehnen das ab. Und deshalb bitten wir Sie um Ihre Stimme.



Wir stehen für eine bessere Politik: Vor Ort, in Sachsen und in Europa

Am 25. Mai haben Sie die Wahl. Sie entscheiden nicht nur über die Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes, sondern wählen auch Ihre Kreistage, Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte. Das sind wichtige Entscheidungen. Denn wo wir geboren werden, darauf haben wir keinen Einfluss. Wo wir leben wollen schon. Städte und Gemeinden sind Orte, in denen Menschen sich zuerst begegnen. Hier braucht es Raum für Entfaltungsmöglichkeiten, braucht es Möglichkeiten für Entwicklungschancen, braucht es Chancen zum Ausprobieren. Dafür brauchen die Bürgerinnen und Bürger und ihre Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mehr Freiheiten und wirkliche Handlungsspielräume. Unser Ziel ist es, sie ihnen zu geben. Wir wollen dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensraum, ihre eigenen Angelegenheiten in die eigenen Hände

nehmen können. Die Schatullen des Freistaates sind eigentlich bis zum Bersten gefüllt. Angebote für eine Neuausrichtung der Fördermittelpolitik auf demographiefeste Kommunen oder eine Unterstützung des Ausgleichs zwischen den sich unterschiedlich entwickelnden Regionen in Sachsen werden jedoch nicht vorgelegt. Obwohl die Kommunen die Lebensgrundla-

gen für die sächsischen Einwohner sicherstellen, spielen sie bei den Überlegungen der Staatsregierung kaum eine Rolle. Wir als LINKE wollen nicht die »Oberlehrer des Volkes« sein. Und wir haben auch kein endgültiges Konzept eines »idealen Lebens«. Wir haben Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit sowie von Kultur und Bildung für alle, von Wirtschaft und Finanzen.

Diese stellen wir zur Diskussion. Ganz konkret auch vor Ort. Mit Ihnen gemeinsam und in den Kommunalvertretungen. Europa beginnt vor Ort. Dieser Satz ist schon so häufig bemüht worden. Doch gerade für Sachsen mit den angrenzenden Regionen in Polen und Tschechien ist dieser Satz mehr als nur eine Phrase. Wir möchten ein weltoffenes Sachsen gestalten. Die Chancen, die uns Europa bietet, wollen wir nutzen. Wir sind überzeugt, dass das auch konkret vor Ort, in den Kommunen, anfangen muss. Die Chancen Europas zu ergreifen, nicht ohne die Probleme der herrschenden Europäischen Politik aus den Augen zu verlieren, sind Markenzeichen linker Politik. Am 25. Mai entscheiden Sie. Über die Politik in Europa und über die Politik direkt vor Ihrer Tür. Ich bitte Sie deshalb: Gehen Sie wählen. Und wählen Sie mit allen Stimmen DIE LINKE.
Rico Gebhardt



Die Jugend ist eine Europäerin

Für Judith Benda war Europa schon immer selbstverständlich. Aber keine Frage: So, wie es ist, soll es nicht bleiben. Es muss besser werden. **Seite 5**

Nobelpreis noch nicht verdient

Die jetzige EU, nach innen weitgehend friedlich, trägt sehr viel zu Gewalt und Elend in der Welt bei. Wer Waffen exportiert, meint es mit dem Frieden nicht ernst, sagt der Bundestagsabgeordnete Jan van Aken. **Seite 7**

Kämpferisch und ehrlich

Mit Herz und Verstand macht DIE LINKE Wahlkampf. Die Kampagne fällt auf, regt auf und ermutigt. So ist das, wenn man für ein besseres Europa kämpft. **Seite 9**

Ein anderes Europa ist ...

... möglich. Ein friedliches, kulturell vielfältiges, solidarisches, offenes Europa. DIE LINKE will ein solches Europa, und ein solches Europa ist am 25. Mai 2014 wählbar. Sie will ein Europa der Menschen, nicht der Banken und Konzerne. Eines, das die Nachbarn nicht zu Bettlern macht und in dem Krieg, Gewalt und der Export todbringender Waffen geächtet sind. Sie will ein demokratisches Europa, in dem

jeder Mensch die gleiche Stimme hat. DIE LINKE kämpft im Europaparlament und gemeinsam mit außerparlamentarischen Bewegungen für die Zügelung der Finanzmärkte, für ein Ende der Zerschlagung von Sozialsystemen und die Einführung einer Millionärsabgabe, für tariflich und sozial gerechte Arbeit und für die Stärkung der Kommunen. Die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger soll sicher-

gestellt werden, und die Mauern um EU-Europa sollen fallen, damit das Sterben von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer ein Ende hat. Im Europäischen Parlament vertreten bisher acht Abgeordnete DIE LINKE. Ihre Bilanz kann sich sehen lassen. Auf den Seiten der Europabeilage steht, was DIE LINKE im EU-Parlament erreicht hat und wofür sie sich in den kommenden Jahren einsetzen wird.



Sie träumt Europa, sie gestaltet Europa, sie kämpft für Europa. **Gabi Zimmer** sitzt für DIE LINKE im Europäischen Parlament und stellt sich als Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE zur Wiederwahl. **Seite 6**

Politik für die Menschen – daran lassen wir uns messen

Darauf können Sie sich verlassen: Linke Politik in den Kommunen hat ein Leitbild

Für uns sind Kommunen nicht nur reine Verwaltungseinheiten, sondern Lebensräume, in den Menschen wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Für uns sind es somit auch die Menschen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, deren Bedürfnisse und Erwartung, ihre Sorgen und Nöte, für die und mit denen gemeinsam wir Politik machen. Dabei sind wir kreativ und gestaltend und geben uns nicht mit einem »das geht nicht« zufrieden. Sachzwänge dürfen politisches Handeln nicht dominieren. Dafür stehen über 2.500 Menschen, die für DIE LINKE für Kreistage, Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte am 25. Mai antreten.

Nun sind die Ausgangslagen von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Unsere Kandidierenden lassen sich jedoch überall an der Prämisse messen: Politik muss den Menschen zugewandt sein und dort stattfinden, wo sie zu Hause sind.

Und dafür brauchen wir auch Sie! Immer wieder werden wichtige Entscheidungen in den Kommunen nichtöffentlich und hinter verschlossenen Türen gefällt. Das wollen wir ändern. Lebenswerte Kommunen entstehen nur da, wo Bürgerinnen und Bürger mitgestalten und mitentscheiden können. Deshalb wollen wir in den Kommunen Sorge dafür tragen, dass betroffene Menschen frühzeitig in Entscheidungen einbezogen werden. Wir setzen uns

dafür ein, dass Verwaltungen nicht nur sich selbst genügen, sondern für die Einwohnerinnen und Einwohner da sind.

Die sozialen Widersprüche der Gesellschaft haben sich in den letzten Jahren vertieft. Das ist am meisten vor Ort spürbar. Armut und Mangel an Zugang zur Bildung sind besonders für Kinder und Jugendliche eine schwere Bürde für ihren gesamten Lebensweg. Deshalb arbeiten wir daran, allen den gleichen Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Gesundheit – und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe – zu ermöglichen. Viele Menschen sind seit Jahren Opfer der hohen Erwerbslosigkeit. Sie als Menschen ernst zu nehmen und ihnen eine Perspektive aufzuzeigen sehen wir als unsere Pflicht. Angesichts zunehmender Armut im Alter kämpfen wir für einen würdevollen Lebensabend. Jede kommunalpolitische Entscheidung stellen wir deshalb auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit. So wollen wir der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und die Folgen von Armut abfedern. Menschen haben Grundbedürfnisse, die vom Staat und seinen Kommunen gewährleistet werden müssen: ob Bildung oder medizinische Versorgung, Pflege oder Kultur, Wohnen, Wasser- und Energieversorgung oder Bus und Bahn. Um hier politisch handlungsfähig zu sein, setzen wir uns dafür ein, dass

öffentliche Unternehmen in diesen Bereichen erhalten bleiben. Elementare Bereiche der Daseinsvorsorge müssen der Marktlogik entzogen werden. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, bereits privatisierte Leistungen wieder in kommunale Verantwortung zurückzuführen.

Nun kann Kommunalpolitik allein die Erwerbslosigkeit nicht beseitigen. Sie kann deren Folgen jedoch mildern. Wir setzen uns aktiv für die Bekämpfung von Erwerbslosigkeit ein. Das heißt, dass an Erwerbslose vergebene Tätigkeiten erfüllend, gesellschaftlich notwendig, ohne Zwang und mit einem fairen Entgelt verbunden sein müssen. Hier muss die Kommunalwirtschaft Vorbild sein: Lohndumping und prekäre Beschäftigung darf es hier nicht geben. Bei öffentlichen Ausschreibungen werden wir neben der Einhaltung von Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz auch auf faire Entlohnung achten sowie die Vergabe von Aufträgen in der Region. Kommunale Arbeitsverwaltungen und Jobcenter sollen nicht Erwerbslosigkeit verwalten oder als Aufseher wirken, sondern Jobchancen ermöglichen. Nur attraktive Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit einem lebenswerten Umfeld werden ein Siedlungsraum auch für kommende Generationen sein. Um junge Menschen und Familien langfristig zu bin-

den, setzen wir uns für attraktive Arbeitsplätze, wohnortsnahe Kinderbetreuung und Schulen, aber auch für erschwingliche Mieten und Bodenpreise für Bauwillige ein. Wir wollen Sport- und Kultureinrichtungen und aktives Vereinsleben fördern. Auch die zuverlässige Erreichbarkeit verschiedener Orte ohne PKW haben wir im Blick: Für wichtige Punkte in der Fläche brauchen wir flächendeckende, ganztägige, gut vertaktete, barrierefreie und günstige Angebote mit Bus und Bahn.

Angesichts wieder steigender Zahlen von Asylsuchenden ist die möglichst dezentrale Unterbringung und soziale Betreuung tausender Menschen eine

schwierige kommunale Aufgabe, die wir erfolgreich bewältigen müssen. Wir setzen uns dabei für eine Willkommenskultur in der Gesellschaft ein. Unsere Politik begreift Verschiedenheit als Chance und Bereicherung, nicht als Bedrohung. Deshalb ächten wir jede Form des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Antisemitismus und des Neofaschismus und werden uns für eine offene, tolerante und gewaltlose Gesellschaft in breiten Bündnissen mit verschiedenen Akteuren und Institutionen engagieren. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern und demokratischen Strömungen in der Gesellschaft Gesicht zeigen gegen Menschenfeindlichkeit.



»Der Vernunft vor Ort vertrauen«

Michael Friedrich über die Kennzeichen linker Kommunalpolitik, Sachzwänge und einen vernetzten Politikansatz



»Kommunalpolitisches Engagement habe ich nie als Belastung gesehen, sondern immer als Bereicherung«, sagt Michael Friedrich. Für DIE LINKE saß der heute 63-jährige zwischen 1990 und 2009 im Landtag, war erst innenpolitischer, dann kommunalpolitischer Sprecher. Auch im Landesvorstand der Partei begleitete er das Thema. Seit 1995 sitzt er zudem im Kreistag, seit 1999 im Gemeinderat seines

Heimatsdorfes Löbnitz in Nord-sachsen. Im Landtag hat er die Gemeinde- und Kreisgebietsreformen für DIE LINKE federführend begleitet. Vor Ort hat er die damit verbundenen Auswirkungen am eigenen Leib erfahren. »Ich hab immer direkt gesehen, was landespolitische Entscheidungen für die kommunale Ebene bedeutet haben. Das waren ganz wichtige Rückmeldungen für die eigene Arbeit.« Zwölf Jah-

re lang war er zudem Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums Sachsen, ein Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, politische Bildung zu vermitteln und Menschen zur Mitwirkung in den kommunalen Selbstverwaltungen zu befähigen. Kein Wunder also, dass er die Kommunalpolitik der sächsischen LINKEN wie kaum ein Zweiter mitgeprägt hat. Wenn er die Bedeutung der kommunalen Ebene umreißen soll, holt er kurz aus: »Man muss es so sehen: Die sächsische LINKE hat eine Vertreterin im Europäischen Parlament. Im Bundestag sitzen acht unserer Abgeordneten. Die Landtagsfraktion hat 29 Mitglieder. Aber in den Kommunalparlamenten besetzen wir derzeit fast 1.200 Mandate.« Das sei eine gewaltige Kraft. »Jeder einzelne davon ist Vermittler unseres Politikansatzes, unseres Menschenbildes. Die Kommunalvertreter haben ein gewaltiges Potential, unsere Politik bekannt zu ma-

chen, ganz unmittelbar.« Kommunalpolitik sieht er deshalb als Herzstück der Parteiarbeit: »Wir sind ganz tief verankert in der kommunalen Politik.« Und diese würde ganz konkret von Menschen gemacht. »Sie vermitteln unsere Glaubwürdigkeit, Kompetenz und Profilschärfe.« Gerade deshalb hat Michael Friedrich der Partei einiges ins kommunalpolitische Stammbuch zu schreiben. »Was unsere Kommunalpolitik ausmacht, sind drei Dinge. Erstens: Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind unser Aushängeschild.« Innerhalb der engen Grenzen der Arbeit vor Ort müsse das immer im Vordergrund stehen. »Zweitens: Bewahrung kommunalen Eigentums einschließlich möglicher Rekommunalisierung.« Denn nur durch eine Offensive des Öffentlichen sei sichergestellt, dass in den Kommunen Gestaltungsspielräume erhalten blieben. »Und drittens: Umfassende Bürgerbeteiligung!«

Die Menschen vor Ort dürften nicht nur Adressaten von Verwaltungsentscheidungen sein, sondern müssten in wichtige kommunale Entscheidungen eingebunden werden. »Dazu gehört auch, Sachzwangpolitik kritisch zu hinterfragen und Alternativen aufzuzeigen. Wir brauchen da den Mut zu Visionen.« DIE LINKE steht dabei für eine ganzheitliche Politik, ist sich Michael Friedrich sicher: »Nicht alles, was vor Ort passiert, wird vor Ort entschieden. Bei 95 Prozent der Entscheidungen sind wir an Richtlinien höherer Ebenen gebunden. Darauf aufmerksam zu machen und in Bund, Land und Kommune vernetzt zu arbeiten, um Probleme auch vor Ort lösen zu können, ist ein Markenzeichen unserer Politik.« Und was wünscht er sich von der Landespolitik? »Ganz persönlich? Mehr Mut, der Vernunft vor Ort zu vertrauen. Hier an der Basis werden wir schon die richtigen Entscheidungen treffen.«



Wer Europa will, muss es den Reichen nehmen

Das Leben von Millionen Menschen in Europa wird durch Kürzungs- und Privatisierungsprogramme bestimmt. Die Folgen sind eine drastische Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen bis hin zur sozialen Verelendung. Dies betrifft besonders die Länder Südeuropas. Die sogenannten Rettungspakete dienen allein den Banken und den reichen Anlegern, nicht aber den Menschen in Europa. Die deutsche Regierung trägt für diese Politik die wesentliche Verantwortung. Dagegen regt sich Widerstand. Ein bundesweites Bündnis mit dem Namen Blockupy mobilisiert gegen die Verarmungspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Zentralbank (EZB).



Die Verhältnisse ändern

Europa ist für uns und Millionen Menschen viel mehr als die vielfältigen Defizite der Europäischen Union und die Konstruktionsfehler einer gemeinsamen Währung. Europa, das ist nach verheerenden Kriegen ein Kontinent, auf dem der Frieden zur Regel und die militärische Konfrontation zur Ausnahme geworden sind. Ein Ort, der über viele Jahre zu einem Zuwachs an Wohlstand führte und in dem Reisepässe blasse Erinnerung sind.

In der EU aber sehen viele ein bürokratisches, allzu häufig schwer durchschaubares Gebilde. Eines, in dem Entscheidungen über Köpfe und Bedürfnisse hinweg getroffen werden, Kürzungsbeschlüsse fallen, auf deren Basis die Regierungen den Rotstift ansetzen – bei der sozialen Sicherung, Renten, bei der Bildung. Das mit seiner Troika-Politik ganze Staaten in den Ruin treibt, im Zuge der »Krisenbewältigung« Parlamente entmacht, zugleich aber Banken und Großkonzernen Freibriefe für ein nahezu ungezügelt Profitstreben ausstellt. Das nach wie vor die Länder der sogenannten dritten Welt als billige Rohstoff- und Absatzmärkte betrachtet und die Rüstungsspirale weiterdreht. Viele Menschen nehmen die EU zu Recht widersprüchlich wahr, weil die Regierungen – insbesondere die deutsche Bundesregierung mit ihrer neoliberalen

Politik – die Vision eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas zerstören. Wenn die Massenerwerbslosigkeit in Europa explodiert und gerade junge Menschen davon betroffen sind, ist dies ein direktes Ergebnis der maßgeblich in Berlin erdachten »Europapolitik«. In Griechenland und Spanien ist mehr als jeder und jede zweite Jugendliche erwerbslos, in Italien jeder dritte. Aber gerade einmal sechs Milliarden Euro werden für ein Programm zur Bekämpfung der Jugenderwerbslosigkeit in ganz Europa mobilisiert. Für die Rettung der Banken, die Europa in die Krise trieben, waren es 5.100 Milliarden Euro! DIE LINKE will ein anderes Europa. Ein Europa der Menschen, nicht der Banken und Konzerne. Ein Europa, das unsere Nachbarn nicht zu Bettlern macht. Ein Europa, in dem Krieg, Ge-

walt und der Export todbringender Waffen geächtet sind. Unser Programm zu den Europawahlen zeigt auf, wie Europa verändert werden kann und muss: mit der Zügelung der Finanzmärkte, mit dem Ende von Lohn- und Rentenkürzungen und Zerschlagung von Sozialsystemen, mit der Einführung einer Milliardensabgabe in ganz Europa. Wir schlagen ein Programm gegen die Massenerwerbslosigkeit vor und wollen tariflich und sozial gerechte Arbeit. Einsatz für gute Arbeit bedeutet für uns auch Einsatz für eine Verkürzung der Arbeitszeit. Ein erster Schritt in diese Richtung kann auf europäischer Ebene in Angriff genommen werden: Die EU hat bereits heute weitreichende Kompetenzen im Bereich Arbeitsschutz. Wir wollen EU-weit durchsetzen, dass die maximale Wochenarbeitszeit 40 Stunden nicht über-

schreiten darf. Und wir wollen ein Europa der sozialen Rechte: In jedem Land soll es eine Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung geben, die entsprechend den dortigen Verhältnissen sicher vor Armut schützen. Die Demokratisierung der EU muss endlich verwirklicht, die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt werden. Und nicht zuletzt: Wir sind dafür, keine Mauern um EU-Europa zu errichten, das Sterben von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer sofort zu beenden und das Asylrecht europaweit zu garantieren. Im Europäischen Parlament vertreten uns bisher acht Abgeordnete in der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken. Ihre Bilanz kann sich sehen lassen: Die Fraktion hat wesentlichen Anteil daran, dass neoliberale Vorhaben, wie beispielsweise die Wasserprivatisierung, gestoppt werden konnten. Wir wollen, dass auch künftig eine starke Linksfraktion im Europäischen Parlament für grundlegende Veränderungen in der EU wirkt. Es ist unser Europa und nicht das der Banken und Konzerne! Wer Europa will, muss es den Banken und Reichen nehmen.

Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der Partei DIE LINKE



Unterstützen Sie uns

DIE LINKE führt ihren Wahlkampf als einzige Bundestagspartei unabhängig von Spenden großer Unternehmen und Banken. Unterstützen Sie uns mit einer Spende. Konto 5000 600 000 BLZ 100 900 00 Berliner Volksbank Kennwort: Wahlkampfspende oder unter www.die-linke.de/spenden

Erste Migrantin, grandiose Idee, Chance auf ein solidarisches Miteinander

Gabi Zimmer und Thomas Händel sitzen für DIE LINKE im Europäischen Parlament und stehen auf den ersten beiden Listenplätzen für die Europawahl 2014. Was lieben sie an Europa und was wollen sie verändern?

Was hat Europa für Euch bedeutet, als Deutschland noch geteilt war, und was bedeutet es heute für Euch?

Gabi Zimmer: Für mich war Europa immer ein Traum. Ich habe in Leipzig Sprachen studiert – russisch und französisch. Trotzdem konnte ich Frankreich damals nicht direkt erleben. Heute sehe ich in der EU die Kraft, Wesentliches für eine gerechtere Welt, die Lösung globaler Fragen beitragen zu können. Von einem solchen solidarischen Europa träume, dafür kämpfe ich.

Thomas Händel: Ich hab noch vor Augen, wie junge Gewerkschafter in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Straßburg symbolisch die Schlagbäume niederrissen. Europa war Freiheit, andere Kulturen kennenzulernen. Aber unser Blick war nur auf Westeuropa gerichtet. Heute gemeinsam mit Menschen aus Ungarn und Polen, aus Portugal und Dänemark darüber diskutieren zu können, wie wir in diesem Europa künftig leben und arbeiten wollen, ist eine große Bereicherung.

Die EU und ihre parlamentarischen Gremien werden aber viel gescholten.

G. Z.: Je weiter Politik scheinbar vom Alltag der Menschen entfernt stattfindet, umso abstrakter wird sie. Es gibt nur ein Gegenmittel: immer wieder dorthin zu gehen, wo sich Menschen mit den Folgen politischer Entscheidungen aus Brüssel und Berlin herumschlagen müssen. Wir sind als Linke im Europaparlament eine feste Adresse für außerparlamentarische Bewegungen geworden. So können wir die Kritik, aber auch Erwartungen an eine solidarische europäische Politik sehr genau benennen.

Welche Möglichkeiten seht Ihr, um Beschäftigung zu sichern und dafür zu sorgen, dass die Menschen in Europa von ihrer Arbeit gut leben können?

T. H.: Was wir brauchen, ist mehr »Gute Arbeit«, Arbeit, von der man eigenständig und armutsfrei leben kann. Aber nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten hat eine unbefristete und tariflich entlohnte Arbeit, und die Ausgrenzung vieler frisst sich durch die Gesellschaften in Europa wie ein Krebsgeschwür. Arbeit darf nicht billig werden wie Dreck. Was wir brauchen, ist ein europäischer Mindestlohn in Höhe von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittsentgelts. Das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« muss überall gelten – auch in der Leiharbeit und bei entsandten Arbeitnehmenden. Wir brauchen ebenso eine neue Debatte über die Verteilung der Arbeit und damit die Verkürzung der Arbeitszeit.

In der EU sind rund 125 Millionen Menschen arm. Was tut DIE LINKE dagegen?

G. Z.: Linke Politik nimmt die Sicht der Menschen auf, die sich nicht als die Sieger der Krisenpolitik in der EU fühlen können. Rund ein Viertel der Menschen in der EU, darunter besonders viele Migrantinnen und Migranten, leben in Armut. Dazu haben die drastischen Senkungen der Renten ebenso wie die Lohnkürzungen als Teil des sogenannten Krisenmanagements beigetragen. Wohnen, Energie und Wasser werden überall immer mehr zu einem Armutsrisiko. Deshalb fordern wir EU-weit armutsfeste soziale und ökologische Mindeststandards, Mindestlöhne, Mindesteinkommen und Mindestrenten. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum schließt soziale und ökologische Entwicklung ein. Das heißt für mich Solidarität!

Das Europäische Parlament ist in den vergangenen Jahren gestärkt worden, trotzdem versuchen die nationalen Regierungen – voran die deutsche – im Rat immer wieder, demokratische Re-

geln auszuhebeln und das Parlament zu umgehen.

Konntet Ihr dagegenhalten?

T. H.: Vor allem den Wirtschaftseliten und ihren Politikern passt mehr Demokratie überhaupt nicht. Sie wollen die »marktkonforme Demokratie«, wie Merkel sie nannte. Die eigentlichen Entscheidungen sollen hinter verschlossenen Türen und allein zwischen den Regierungschefs getroffen werden. Das ist dann eine Scheindemokratie, die den großen Kapitalinteressen nicht in die Quere kommt. Dagegen mobilisieren wir zusammen mit vielen, die ein anderes Europa wollen, ein Europa von unten: demokratischer, sozial gerechter und solidarischer. Dazu gehören linke Gewerkschafter aus dem »Forum Soziales Europa«, kritische Wissenschaftler und Ökonomen von »EuroMemo«, europäische Netzwerke wie »Solidar«, die Internationale Mieterallianz und viele andere.

Das Demokratiedefizit der EU ist ein wesentlicher Grund für die Resignation vieler Menschen. Viele wenden sich deshalb jenen zu, die Rückkehr zu nationalstaatlichen Prinzipien predigen und rechte Parolen verkünden.

G. Z.: Gemeinsam mit Abgeordneten aus nationalen Parlamenten unterstützen wir ein Bündnis gegen Faschismus und Rechts extremismus in Europa. Die Initiative ging von Abgeordneten der Syriza in Griechenland aus, die täglich mit menschenfeindlichen Attacken der »Goldenen Morgenröte« konfrontiert sind. Wir werden gerade in Deutschland die verlogenen Behauptungen entlarven müssen, die faulen Griechen, Spanier oder Portugiesen hätten sich die Suppe, die sie nun auslöffeln müssten, selbst eingebrockt. Wir müssen sagen, wer die wirklichen Krisenverursacher und Krisengewinner sind! Menschenverachtende, rassistische Parolen dürfen nicht unwidersprochen bleiben, müssen konsequent bekämpft werden.

Was war in der vergangenen Legislaturperiode in Euren Augen ein großer Erfolg und welche Aufgabe ist für Euch in den nächsten Jahren die vordringlichste?

T. H.: In den letzten fünf Jahren haben wir Verbraucherrechte und Arbeitsrechte verbessert, Arbeitszeitverlängerungen verhindert und das Streikrecht verteidigt. Und wir haben maßgeblich zum Rückzug der Kommission bei der Wasserprivatisierung beigetragen. Wir haben der Kommission Feuer unter dem Hintern gemacht, sich endlich für ein Ende der exzessiven Spekulationen auf den Nahrungsmittelmärkten ein-



Rico Prauss

zusetzen und aktiv gegen die Mangelernährung von Kleinkindern vorzugehen. Aktuell gibt es eine Reihe von Themen, bei denen wir dringend andere politische Mehrheiten brauchen: die geplante Revision der Arbeitszeitrichtlinie, die autoritäre Umgestaltung der EU per Wettbewerbspakt und das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP. Das wird jeden Menschen in Europa direkt betreffen, nicht nur bei dem, was wir essen und trinken, sondern bei der Art, wie wir arbeiten und wie unsere Umwelt in 20 Jahren aussehen wird. Gesichert werden die Rechte der Investoren, auf der Strecke bleiben die Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Ihr habt die Möglichkeit, eine 30-sekündige Liebeserklärung an Europa abzugeben, die wir dann auf Youtube hochladen. Wie klingt die?

G. Z.: Europa ist für mich die kleinasiatische Prinzessin, die

von Zeus entführt wurde – also die erste Migrantin. Ich hoffe auf die unglaubliche Kraft der Menschen und ihre Solidarität, Europa für alle zu einem lebenswerten Ort zu machen. In vielen Regionen der Welt setzt man ebenfalls große Hoffnung auf uns. Ich kämpfe für eine solidarische Welt und dafür, dass wir es gemeinsam schaffen, Armut europaweit und darüber hinaus auszumerzen.

T. H.: Europa gemeinsam solidarisch zu gestalten – das war und ist eine grandiose Idee. Aber über die Jahre ist Europa immer stärker unter die Fuchtel der Kapitalinteressen geraten. Die Interessen der Menschen kommen da ganz hinten. Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen ohne Angst vor der Zukunft armutsfrei und friedlich leben können. Ein Europa, das sozial gerecht ist. Das wollen wir uns hier unten erkämpfen – gegen die da oben.

Das Gespräch führte Sonja Giese.

Wem DIE LINKE nützt

Auf vielfache Art und Weise setzt sich DIE LINKE im Europäischen Parlament für die Bürgerinnen und Bürger Europas ein. Auf höchster parlamentarischer Ebene hat sie sich mit Gesetzesanträgen, Initiativen, Fragestunden und vielem mehr gegen die Troika gestemmt, Privatisierungshysterie gedämpft und Massenüberwachung der Bürgerinnen und Bürger bekämpft; hat sich für eine wirkliche Bankenkontrolle eingesetzt, für menschenwürdige Beschäftigung gestritten und einen nachhaltigen Umweltschutz forciert. DIE LINKE hat Armut bekämpft und sich für solide ausgestattete EU-Fördertöpfe und ein friedliches Europa eingesetzt, das ab- und nicht aufrüstet und Flüchtlinge schützt. Viele Erfolge tauchen nur selten in den Medien auf: DIE LINKE hat durch ihre Arbeit im Europäischen Parlament die Lebenssituation von Fernfahrern und Hausangestellten verbessert, Internetnutzer besser geschützt und die Privatisierung von Wasser verhindert. Wenn Sie wissen wollen, welchen Nutzen Sie persönlich von der Politik der LINKEN haben, dann werden Sie hier fündig:



www.die-linke.de/bilanzbroschuere



Rico Prauss

Move Forward. Die Veränderung hat begonnen

Von Alexis Tsipras, Spitzenkandidat der Europäischen Linken für die Europawahl

Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten. Europa ist an einem kritischen Scheideweg angelangt, und es gibt zwei Richtungen, die es einschlagen kann: Entweder entscheiden wir uns für Stillstand oder wir bewegen uns vorwärts. Entweder wir finden uns mit dem neoliberalen Status quo ab und tun so, als könne die Krise mit derselben Politik gelöst werden, die sie hervorgehoben hat, oder wir machen uns mit der europäischen Linken daran, die Zukunft in unsere Hand

zu nehmen. Denn der Neoliberalismus bedroht die Existenz der Menschen überall in Europa und damit ist auch die Demokratie in Gefahr, insbesondere durch das Erstarken der extremen Rechten.

Diejenigen, die behaupten, dass die verabreichte »Medizin« zum Kurieren der Krise geführt hat, sind Heuchler. Denn der europäische Traum hat sich für Millionen von Menschen in einen Albtraum verwandelt. Umfrageergebnisse des Eurobarometers

zeigen, dass wir es mit einer erheblichen Vertrauenskrise in der EU zu tun haben und dass die Popularität der ultrarechten Parteien wächst. Wir waren es, die europäische Linke, die noch vor der Etablierung der Eurozone zu Recht vor den Schwächen, Mängeln und destabilisierenden Ungleichgewichten dieses Projektes gewarnt haben. Aber die Eurozone existiert nun einmal. Wir haben eine Wirtschaftsunion und eine gemeinsame Währung, und die unmittelbaren

Alternativen sind keinen Deut besser. Ein Ausscheiden aus der Eurozone würde keinem Krisenstaat etwas nützen. Im Gegenteil. Damit würden nur neue Probleme entstehen wie eine instabile Währung, ein möglicher Sturm auf die Banken, Inflation, Kapitalflucht und massenhafte Abwanderung. [...]

Unser Interesse als EuropäerInnen ist ein anderes: Wir wollen die Eurozone verändern. Und hier stellen sich drei Aufgaben: Erstens müssen wir in Bezug auf Europa neue Ideen entwickeln, zweitens müssen wir dementsprechend eine veränderte Krisenpolitik betreiben und drittens müssen wir zwangsläufig die Institutionen, ja die ganze Grundlage der EU verändern. Diesen politischen Kampf müssen wir an zwei Fronten führen: zum einen zu Hause, zum anderen in Brüssel, Frankfurt und Berlin. [...]

Die verschiedenen Rettungsprogramme für die südeuropäischen Länder sind gescheitert. Sie haben ein Fass ohne Boden hinterlassen – die Zeche dafür müssen, wie meistens, die einfachen SteuerzahlerInnen zahlen. Nun bestehen die politischen Eliten in Europa – die sich freiwillig in die Geiselnhaft von Frau Merkel begeben haben – aber darauf, diese Maßnahmen, die die Probleme in den südlichen Ländern nur verschlimmert haben, auf den gesamten Euroraum auszuweiten. Wir dagegen meinen,

dass Europa einen »New Deal« benötigt, um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen und um ausreichend Mittel für die Finanzierung der Zukunft unserer Länder zu generieren. Europa benötigt mehr Umverteilung und Solidarität, wenn es überleben will. [...]

Was wir in Europa brauchen, ist eine möglichst breite Front gegen den vorherrschenden Kurs, eine Solidaritätsbewegung für die Rechte der Lohnabhängigen sowohl im Norden als auch im Süden. Was wir brauchen, wenn die europäische Linke an Stärke gewinnen und einen maßgeblichen Unterschied machen will im Alltag der einfachen Leute, sind möglichst umfassende soziale und politische Bündnisse. Die Europawahl im kommenden Mai bietet eine historische Chance, die Voraussetzungen für diesen Wandel mit zu schaffen. Wenn versucht wird, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, ist es an der Linken, Europa in eine bessere Zukunft zu führen.

Auszug aus einem Text, der am 12. Februar 2014 in der Tageszeitung »neues deutschland« veröffentlicht wurde. Den ganzen Artikel finden Sie hier: www.die-linke.de/tsipras-nd

Alexis Tsipras ist Vorsitzender der griechischen sozialistischen Partei SYRIZA www.alexistsipras.eu



Frank Schwarz

DIE LINKE kämpft für ein Europa aller Menschen

Das Zusammenleben und der Austausch mit Menschen aus den unterschiedlichsten Ecken der Welt gehören zu meinem Leben. Aufgewachsen in Berlin, ein Elternteil mit Migrationshintergrund – »multi-kulti« war schon immer eine Selbstverständlichkeit für mich: im Kindergarten, während der Schul- und Studienzeit bis heute. Bei Jugendaustauschen konnte ich verschiedene europäische Länder und Kulturen kennenlernen. Als Studentin lebte und studierte ich insgesamt für mehrere Jahre in vier europäischen Ländern drei Sprachen – eine tolle und spannende Erfahrung!

Aber schnell merkte ich auch: Solche Erfahrungen sind aufgrund sozialer Schranken nicht für jede und jeden erlebbar. Der Bologna-Prozess wurde als europäische Erfolgsgeschichte gefeiert, aber alle Versprechen für bessere Mobilität und Qualität der Bildung sind gebrochen worden. Easyjet spricht in einer neuen Kampagne von der »Generation der Jumpsetter«. Für die sei es völlig normal, mit dem Flugzeug quer durch Europa zu reisen. Die große Mehrheit dieser Generation führt jedoch ein Leben, das unter dem Deckman-

tel von Flexibilität materielle und soziale Unsicherheit bedeutet. Befristungen und prekäre Jobs stehen auf der Tagesordnung junger Menschen. Sie spüren, dass sich bedeutende Entscheidungen der Europäischen Union gegen ihre Interessen richten.

Die Idee von einem vereinten und friedlichen Europa, wie sie von der europäischen Arbeiter/-innenbewegung, von linken Denkern und Revolutionären formuliert wurde, ist zu einem Herrschaftsprojekt verkommen. Die Fokussierung auf die Schaffung eines freien Marktes war nie im Sinne einer emanzipatorischen Utopie linker Kräfte.

Die verantwortungslose Europapolitik, massiv vorangetrieben von der Bundesregierung, vollzogen durch die Mitgliedsstaaten und die Troika, zerstört die Lebensgrundlage vieler Menschen. Europa, das sind die einzelnen Menschen Europas und deren Kulturen. Wer diese Menschen in die Verarmung treibt, ist ein Feind Europas. DIE LINKE kritisiert nicht Europa, wir kritisieren die EU und sagen richtigerweise: Wer Europa retten will, muss die EU neu gründen. Wir kämpfen für ein Europa aller Menschen, ein Europa der Demokratie und

des Friedens, der sozialen Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit, der Kultur und kulturellen Vielfalt. Ich engagiere mich auf europäischer Ebene im Rahmen der Europäischen Linkspartei und in sozialen Bewegungen, wie dem Blockupy-Bündnis, für die Verteidigung von Demokratie und Sozialstaat in Europa.

DIE LINKE als politische Partei in Deutschland hat eine besondere Verpflichtung. Deutschland ist in den vergangenen Jahrhunderten als Macht aufgetreten, die

rücksichts- und kompromisslos die Interessen der anderen Länder missachtet und unterdrückt hat. Das bedeutet für mich, das Land, in dem ich lebe, zu verändern und eine gute Nachbarschaft zu den anderen Ländern und deren Bevölkerung zu entwickeln. In eben dem Sinne, wie es Brecht in seiner Kinderhymne formulierte:

»[...] Dass die Völker nicht erleichen wie vor einer Räuberin, sondern ihre Hände reichen uns wie andern Völkern

hin. Und nicht über und nicht unter andern Völkern woll'n wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein. Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir's, und das liebste mag's uns scheinen, so wie andern Völkern ihr's.«

Judith Benda (26) ist u. a. aktiv in der Europäischen Linkspartei und in der europäischen Blockupy-Koordinierungsstruktur.



© Stockphoto.com/pedronfo

Zur Wahl stellen sich:



Gabi Zimmer
Listenplatz 1 ■ Landesverband: Thüringen ■ »Ich will eine EU, die auf der Verteidigung individueller Menschenrechte, Antidiskriminierung und Solidarität basiert.«



Thomas Händel
Listenplatz 2 ■ Landesverband: Bayern ■ »Wir brauchen menschenwürdige Arbeit, gute Löhne und gute Renten, sozialen Fortschritt für alle, der vor Armut schützt und ein Leben ohne Angst sichert.«



Cornelia Ernst
Listenplatz 3 ■ Landesverband: Sachsen ■ »Die Freizügigkeit in der EU ist zweifellos eine Errungenschaft – sie zu erhalten und frei von Diskriminierung umzusetzen, bleibt eine zentrale Herausforderung.«



Helmut Scholz
Listenplatz 4 ■ Landesverband: Brandenburg ■ »Eine starke LINKE wird im Europaparlament den Willen der Bürgerinnen und Bürger vertreten und verteidigen. Gemeinsam können wir das Freihandelsabkommen EU-USA stoppen.«



Sabine Lösing
Listenplatz 5 ■ Landesverband: Niedersachsen ■ »Wir wollen nicht Milliarden in todbringende Waffen stecken, das Geld wird woanders dringend gebraucht.«



Fabio De Masi
Listenplatz 6 ■ Landesverband: Nordrhein-Westfalen ■ »Wir müssen Europa wieder aufbauen und es den Mächtigen nehmen.«



Martina Michels
Listenplatz 7 ■ Landesverband: Berlin ■ »Wir brauchen ein starkes EU-Parlament und mehr direkte Demokratie.«



Martin Schirdewan
Listenplatz 8 ■ Landesverband: Berlin ■ »Gute Arbeit in nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen, eine sozial gerechte und demokratische Energiewende, eine solidarische Daseinsvorsorge – ich kämpfe für Regionengerechtigkeit in der EU.«



Sofia Leonidakis
Listenplatz 9 ■ Landesverband: Bremen ■ »Lasst uns für eine Sozialunion kämpfen, die Einkommen gerecht verteilt, die der Jugend Chancen und den älteren Menschen einen würdigen Lebensabend garantiert.«



Malte Fiedler
Listenplatz 10 ■ Jugendverband Linksjugend [solid] ■ »Wenn wir wirkliche Veränderung wollen für die Jugend in Europa, brauchen wir eine Neugründung des Europäischen Projekts, einen gemeinsamen Aufbruch für ein demokratisches Europa von unten.«



Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler,

am 25. Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Nicht nur durch die Finanzen ist die Europäische Union in eine Krise geraten. Das Scheitern des Verfassungsvertrags bei Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden hat gezeigt, dass viele Menschen die Europäische Union inzwischen eher als Bedrohung wahrnehmen. Dasselbe geschah in Irland mit dem Vertrag von Lissabon, der die gescheiterte EU-Verfassung ersetzen sollte. Diese Skepsis hat sich durch die Finanzkrise und insbesondere durch ihr Übergreifen auf die Haushalte einiger südlicher Länder der EU vertieft. Einst war mit der Europäischen Einigung etwas anderes verbunden. Nach den furchtbaren Katastrophen der beiden Weltkriege sollte Krieg in der EU unmöglich werden. Wirtschaftliche Kooperation sollte Vorteile für alle Beteiligten und damit mehr Wohlstand bringen. Es sollten auch größere Spielräume für sozialere Verteilungspolitiken entstehen.

Schließlich war – gerade im Fall von Griechenland, Portugal und Spanien – die europäische Integration auch sinnvoll, um die damals erst jungen Demokratien zu stabilisieren. Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit und Demokratie – das waren die Leitideen der Europäischen Integration. Die Partei DIE LINKE kämpft gemeinsam mit ihren linken Partnerparteien in Europa für die Verteidigung dieser Werte und dafür, die Integrationspolitik wieder an diesen Werten auszurichten. Dabei machen wir Ihnen nichts vor: Eine Politik, die sich gegen die Übermacht der Finanzmärkte und großen Banken richtet, und eine Politik, die den Lobbyismus in Brüssel bekämpfen will, hat sich nicht nur mächtige Gegner ausgesucht; sie benötigt vor allem Geduld und langen Atem. Europa darf nicht jenen überlassen werden, die maximales Profitstreben durchsetzen, die neoliberale Privatisierungen forcieren, die nationalistische Machtpolitik zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerungen betreiben wollen. Viele Menschen blicken mit Sorge in die Zukunft. Viele Menschen glauben auch, die Regie-

rungen könnten doch ohnehin nur noch umsetzen, was »die da in Brüssel« beschlossen haben. Aber es sind die nationalen Regierungen, die in der EU die Vorgaben machen, um sich dann auf »Brüssel« zurückziehen zu können. Deswegen muss die Europäische Union viel demokratischer werden. Demokratie ist der Schlüssel für einen europäischen Politikwechsel. Die Unionsparteien, die SPD und die Grünen versichern Ihnen, dass sie »pro europäisch« sind. Aber sie haben mit ihren drastischen Auflagen zur Kürzung von Löhnen und Renten gegen die südeuropäischen Bevölkerungen und zur Haftung gerade der Deutschen für die Schulden die Spaltung vertieft und die EU in eine tiefe Krise gestürzt. Sie werden diese katastrophale Politik fortsetzen. Diese tiefe soziale Krise machen sich Rechtspopulisten zunutze und wollen zum alten Nationalstaat zurück. Sie gefährden also anders das europäische Projekt. DIE LINKE steht für eine europäische Integration, die den Namen verdient. Wir wollen ein solidarisches und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger. Wir dürfen es nicht länger den Marktliberalen überlassen, die Europa nach unten fahren. Ihre Stimme für Kandidatinnen und Kandidaten der Partei DIE LINKE lohnt sich.

Gregor Gysi,
Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Umverteilen statt marode Banken retten



In diesem Sommer jährt sich zum hundertsten Mal der Anfang des Ersten Weltkriegs. Der Jahrestag erinnert daran, wie wichtig es ist, ein friedliches und solidarisches Zusammenleben in Europa zu bewahren. Es ist bedenklich, dass Europa durch die herrschende Eurokrisenpolitik zunehmend gespalten wird. In hilfloser Wut stehen die Menschen in den

Krisenländern den künstlich geschaffenen sozialen Verwerfungen gegenüber. Kürzungen der Löhne, Renten und Sozialleistungen werden von der sogenannten Troika diktiert, die aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds besteht. In der Folge ihres Diktats stieg in Griechenland die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen auf rund 60 Prozent. Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, bekommt keinerlei soziale Unterstützung mehr. Viele haben keine Krankenversicherung mehr und müssen sich entscheiden, ob sie mit dem letzten Geld lebenserhaltende Medikamente oder Essen kaufen. Die künstlich geschaffene soziale Katastrophe in Griechenland führt dazu, dass dort inzwischen durchschnittlich jeden Tag ein Mensch Selbstmord begeht. Die EU hat ein Demokratiedefizit. Während Dinge des täglichen Lebens wie Toilettenspülungen durch Richtlinien bis

in das kleinste Detail geregelt werden sollen, haben Banken in der EU mit ihren gigantischen Betrugereien und Zockereien Narrenfreiheit. 5.100 Milliarden Euro sauer erarbeitetes Steuergeld wurden seit 2008 für die Rettung maroder Banken und Finanzinstitute verpulvert. Bei keiner Volksabstimmung hätte diese unverantwortliche Bankenrettungspolitik mit Steuergeldern eine Chance. DIE LINKE kämpft für eine andere Politik: Wir setzen uns für eine echte Umverteilung von oben nach unten ein. Die 85 reichsten Personen der Welt besitzen so viel wie die Hälfte der gesamten Erdbevölkerung. Dagegen gibt es ein Mittel: eine Millio-närsteuer und eine Politik der steigenden Löhne und Renten. Steuergeld für Bankenrettung muss ab sofort tabu sein.

Sahra Wagenknecht,
1. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag



Friedlich muss Europa erst noch werden

Im Jahr 2012 wurde der Friedensnobelpreis an die EU verliehen. Zu Unrecht, wie ich finde. Zwar gab es seit Gründung der EU keine Kriege mehr innerhalb der Staatengemeinschaft, aber reicht das schon für die Auszeichnung als Friedensmacht? Nein. Was wäre das für eine EU, der ich einen Friedensnobelpreis verleihen würde?

Erstens: Europa würde keine Waffen mehr exportieren! Die Europäische Union belegt gemeinsam mit den USA Platz 1 der weltweiten Waffenexporte. Egal, wo auf der Welt geschossen wird, wir sehen auf den grauenvollen Kriegsfotos Gewehre, Raketen, Panzer oder Hubschrauber aus europäischer Produktion. Gerade mit den sogenannten Kleinwaffen, Sturmgewehren, Maschinenpistolen und Panzerfäusten, werden in den Kriegen dieser Welt die meisten Menschen getötet. Kofi Annan hat sie deshalb zu Recht »Massenvernichtungswaffen« genannt. Ein Beitrag zum Frieden wäre es, die Welt nicht mehr aufzurüsten, sondern abzurüsten. Die Europäische Union müsste jeden Export von Kleinwaffen und anderen Rüstungsgütern verbieten!

Zweitens würde natürlich kein EU-Mitglied mehr Kriege führen oder – so wie Frankreich mit Unterstützung der »europäischen Partner« gerade in diversen afrikanischen Ländern – seine alten kolonialen Machtansprüche mit militärischer Gewalt durchsetzen. Sich weltweit für Frieden engagieren, sich weltweit einmischen: Das würde nicht heißen, überall Soldaten hinzuschicken, sondern zivile Friedenskräfte. Und es hieße vor allem, die wirtschaftlichen oder sozialen Ursachen von gewaltsamen Konflikten schon im Frühstadium mit friedlichen Mitteln zu bekämpfen. Bislang tritt die EU viel zu oft als mächtiger Wirtschaftsblock auf, der schwächeren Staaten die Bedingungen des Warenverkehrs diktiert. Damit ist sie selbst Verursacherin von wirtschaftlichen und sozialen Krisen in der Welt, die so häufig Konflikte und Kriege bedingen. Wer wirklich weltweiten Frieden will, muss endlich auch eine gerechte Handels- und Wirtschaftspolitik umsetzen.

Und drittens hätte der furchtbare Krieg an den Außengrenzen der EU endlich ein Ende. Und damit der niemals erklärte, aber

alltäglich brutal geführte Krieg gegen Flüchtlinge aus aller Welt, im Mittelmeer vor Lampedusa, auf den griechischen Inseln, auf den Flughäfen von Frankfurt, München und Berlin. Es ist eine Schande, dass die Europäische Union kaltblütig in Kauf nimmt, dass Menschen auf der Flucht ertrinken, oder sie zurück in ihre Folterländer abschiebt. Wer sich einen Friedensnobelpreis verdienen will, darf keine Sekunde länger Menschen im Stich lassen, die Schutz suchen vor Krieg und Elend!

Die jetzige EU, nach innen weitgehend friedlich, trägt – leider – sehr viel zu Gewalt und Elend in der Welt bei. Das ist kein Grund, die EU abzulehnen – aber ein sehr guter, sie grundlegend zu verändern! Damit sie irgendwann ein ernstzunehmender Kandidat für einen Friedensnobelpreis wird. Mit einer starken LINKEN im EU-Parlament können wir diesem Ziel einen Schritt näher kommen.

Jan van Aken, einstiger UN-Waffeninspekteur, Friedensaktivist und Abrüstungsexperte, sitzt für DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Lothar Bisky

»Friedliche Lösung von Konflikten, individuelle Freiheitsrechte, solidarisches und demokratisches Zusammenleben: Das sind die Erwartungen, die Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten an die EU-Mitgliedschaft haben. An deren Erfüllung müssen wir gemeinsam arbeiten.«
Lothar Bisky saß von 2009 bis zu seinem Tod 2013 für DIE LINKE im Europäischen Parlament und war Gründer und von 2007 bis 2010 Vorsitzender der Europäischen Linken.



Paola Giaculli

Listenplatz 11 ■ Landesverband: Berlin ■ »Ich kämpfe für ein offenes Europa, für Selbstbestimmung und Demokratie.«



Gotthilf Lorch

Listenplatz 16 ■ Landesverband: Baden-Württemberg ■ »Wichtige Anliegen sind mir ein europaweites einkommensunabhängiges Teilhabegesetz und die Unterzeichnung der umfassenden Europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention.«



Keith Barlow

Listenplatz 12 ■ Landesverband: Sachsen ■ »Ich werde dafür eintreten, dass die sozialen Grundrechte der Lohnabhängigen die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfüllen, und gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik kämpfen.«



Jennifer Michelle Rath

Listenplatz 17 ■ Landesverband: Bayern ■ »Ich kämpfe für Inklusion in der Bildung und vollständige Gleichberechtigung ausnahmslos aller Minderheiten.«



Ruth Firmenich

Listenplatz 13 ■ Landesverband: Berlin ■ »Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge; statt auf immer mehr Waffen setzen wir auf Abrüstung und zivile Konfliktlösung.«



Martin Dolzer

Listenplatz 18 ■ Landesverband: Hamburg ■ »Die Vielfalt der Kulturen ist ein großer Reichtum, wenn wir solidarisch und respektvoll miteinander leben und lernen.«



Michael Erhardt

Listenplatz 14 ■ Landesverband: Hessen ■ »Europa braucht den Neustart: friedlich, solidarisch und demokratisch.«



Katrin Marie Hitzler

Listenplatz 19 ■ Landesverband: Nordrhein-Westfalen ■ »Eigentum verpflichtet und soll zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt werden, denn alle dringenden Fragen hängen von einer gerechteren Verteilung der materiellen Lebensgrundlagen ab.«



Ida Schillen

Listenplatz 15 ■ Landesverband: Mecklenburg-Vorpommern ■ »Für mich ist der Kampf gegen die Liberalisierung, Privatisierung und erpresserische EURO-Politik neben der Friedensfrage eine zentrale europapolitische Aufgabe.«



Nick Woischneck

Listenplatz 20 ■ Landesverband: Nordrhein-Westfalen ■ »Ich werde für ein europäisches Investitionsprogramm für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen.«



Jetzt mitmachen
und etwas bewegen!
<http://mitglied.die-linke.de>

Bitte wählen: Begrenzte EU oder ein offenes, solidarisches Europa!

Die Bezeichnung »Union« beschreibt kaum den aktuellen Zustand der EU, denn das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet Einheit. Doch die EU ist durchzogen von Grenzen: zwischen arm und reich, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen innen und außen. Die ungleiche Verteilung von Vermögen hat auch in Deutschland zugenommen. Während die Reallöhne der Beschäftigten gesunken sind, stiegen die Einkommen aus Vermögen und Gewinnen. Die Schuldenbremse und das Nein zu Steuererhöhungen für große Einkommen verhindern eine gerechtere gesellschaftliche Verteilung hier erwirtschafteten Vermögens und eine bessere Daseinsvorsorge. In meiner Heimatstadt Bremen fehlen 20 Millionen Euro, um die Inklusion an Schulen umzusetzen.

Die Agenda staatlicher Sozialkürzungen und privater Gewinne wird den Krisenstaaten an der Peripherie Europas noch ungleich schärfer verordnet. Während öffentliche Leistungen massiv gekürzt werden, erhalten »systemrelevante« Unternehmen Milliarden. In Griechenland sind mittlerweile ganze Teile der Gesellschaft komplett verarmt. Auf Druck der EU und der Bundesregierung wurden die Mindestlöhne um ein Viertel

gesenkt, Renten und Gehälter gekürzt.

15 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wurden entlassen – vor allem Lehrer/-innen und kommunale Angestellte –, Studiengänge und Schulzweige geschlossen. Dazu gehörte auch die Berufsoberschule für angehende Krankenpfleger/-innen, an der meine Tante unterrichtet. Ihr und anderen wurde gekündigt, obwohl in den Krankenhäusern ein so großer Personalmangel herrscht, dass Kranke dort von Angehörigen gepflegt werden müssen. Der Gesundheitsetat wurde 2010 und 2011 um jeweils elf Prozent gekürzt. In der Folge fehlen Personal und Medikamente, bleiben Notaufnahmen geschlossen.

Viele haben gar keinen Zugang zu diesem Mangelsystem: Die Hälfte der offiziell 1,3 Millionen Arbeitslosen hat keine Krankenversicherung. Einer ist mein Cousin. Er hat keinerlei Einkommen, Grundsicherung gibt es nicht. Immerhin konnte er bei seiner Mutter unterkommen. Menschen ohne soziales Netz verlieren bei Arbeitslosigkeit früher oder später alles.

Wortschöpfungen wie »Neo-ásteoi« entstehen und beschreiben Neuobdachlose, die aus der Mittelklasse abgerutscht und auf der Straße gelandet sind. Allein in Athen betrifft das

rund 20 000 Menschen. Trotzdem beharrt die Bundesregierung auf Einhaltung der europäischen Schuldenbremse, dem Fiskalpakt. Die öffentlichen Haushalte sollen demnach überall sparen – zugunsten der Vermögenden und auf Kosten der Armen und Ausgegrenzten.

Wortwörtlich ausgegrenzt aus der EU werden diejenigen, für die sie keine wirtschaftliche Verwendung sieht: Menschen auf der Flucht. Die EU schottert sich ab durch Grenzzäune, Überwachungstechnologien und Frontex-Patrouillen. Sie beauftragt Staaten wie Libyen, Fliehende an der Weiterreise zu hindern. Seit die Schweiz 2012

die Möglichkeit abgeschafft hat, in ihren Auslandsvertretungen Asyl beantragen zu können, gibt es keinen einzigen legalen Fluchtweg nach Europa mehr. Für Schutzsuchende bleiben nur gefährliche Wege, die in den letzten zwanzig Jahren für mindestens 20 000 Flüchtlinge tödlich endeten. Diejenigen, die es geschafft haben, die Grenze zu überwinden, werden teilweise monatelang inhaftiert, ihre Flucht wird als Verbrechen behandelt. Bis zu acht Millionen Menschen in der EU wird ein legaler Status verweigert. Kein Mensch ist illegal, davon sind wir überzeugt. Wir wollen ein offenes Europa, eines, in

dem Menschenrechte Vorrang haben vor wirtschaftlicher Nützlichkeit. Daher setzen wir uns für legale Einreisewege und Aufenthaltsrechte ein. Die Grenzabschottungsagentur Frontex wollen wir abschaffen.

Die Rechte der Konzerne hingegen wollen wir eindämmen und sie mit Hilfe europäischer Steuern und Gesetze an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausrichten. Wir wollen in der EU existenzsichernde Mindestlöhne, verpflichtende armutsfeste Grundsicherungen und Renten und eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen. Die EU soll ein Raum der Freiheit und nicht der Unterdrückung und Überwachung sein, ein Raum sozialer Sicherheit ohne Armut und Ausbeutung, der Rechte für Verfolgte, Hungernde und Ausgegrenzte.

Sofia Leonidakis kommt aus Bremen und kandidiert für das Europaparlament.



Das Wahlprogramm, Impressionen aus dem Wahlkampf, Mitmach-Aktionen, Videos und Online-Diskussionen finden Sie im Internet auf der barrierefreien Seite www.die-linke.de

Profit für Konzerne, Elend für Menschen

Verhandelt wird hinter verschlossenen Türen, betreffen wird es uns alle. Der Europäische Rat hat der EU-Kommission das Mandat erteilt, mit den USA ein Abkommen zur Handels- und Investitionspartnerschaft auszuhandeln, das 2015 unterschrieben werden soll. Diktiert hat das Abkommen die Wirtschaftslobby, demzufolge ist klar, wer sich von diesem Abkommen die größten Geschenke erhoffen kann: die Konzerne, die Investoren, die Profiteure, die Diebe geistigen Eigentums, die Lohndrücker, Rüs-

tungsexporteure, Privatisierer. Sie alle erklären, dass TTIP ein Abkommen für die Bürgerinnen und Bürger ist. An diesem Satz stimmt die Präposition nicht. Es ist ein Abkommen gegen die Bürgerinnen und Bürger.

TTIP wird mehr Verliererinnen und Verlierer als Gewinner produzieren. Sechs Beispiele:

- Abbau von Handelsbarrieren bedeutet, dass auch Produkte, die wir nicht im Haus und auf dem Teller haben wollen, eingeführt werden dürfen. Zumal, wenn gleichzeitig die Vorschrif-

ten und Standards für Produktsicherheit, Arbeitsbedingungen, unter denen produziert wird, Umweltverträglichkeit etc. gesenkt oder gänzlich ausgehebelt werden. TTIP wird der Gentechnik auf europäischen Äckern Tür und Tor öffnen.

- Absenkung der Standards und größere Freiräume für Konzerne werden dazu führen, dass sich die Arbeitsbedingungen in Deutschland und anderswo verschlechtern. Die USA lehnen beispielsweise das Betriebsrätesystem ab.

- Universitäten werden hierzulande staatlich finanziert. TTIP eröffnet privaten Anbietern die Möglichkeit, Universitäten zu eröffnen, die sich dann im Bieterverfahren um staatliches Geld bemühen können.

- Firmen werden von ihrem Klagericht gegen Staaten Gebrauch machen, die Entschädigungen aus Steuern gezahlt.

- Kultur wird völlig dem freien Markt unterworfen. Verlieren werden alle, die nicht Mainstream, Blockbuster und leichtverdauliche Kost produzieren. Filmförde-

rung und Buchpreisbindung wären in Gefahr, Subventionen für kleine Theater und Kulturprojekte würden gestrichen, denn auf dem freien Markt hält sich Massenware am besten.

- Bürgerbeteiligung wird weiter eingeschränkt, schließlich diktieren die Konzerne, was privatisiert werden soll und wer wo mitreden darf.

DIE LINKE und ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis kämpfen entschlossen darum, dass die Verhandlungen zu TTIP gestoppt werden.





Sprachen

Quinqui – schon mal gehört? Oder Websisch? Gutnisch, Caló, Asturleonisch? Das alles sind Sprachen, die in Europa gesprochen werden. Insgesamt sind es mehr als 115 verschiedene, dazu noch unzählige Dialekte. Kein Wunder, dass wir uns zuweilen nicht verstehen oder aneinander vorbeireden. Da geht es dem Bayern auf Rügen kaum anders als der Sizilianerin in Finnland.

Um es den Europäerinnen und Europäern in ihren Ländern einfacher zu machen – auch weil Verstehen und Verständnis Voraussetzung für Teilhabe an Kultur und am gesellschaftlichen Leben allgemein sind – reduzierte man das babylonische Sprachgewirr auf 24 Amtssprachen in drei Alphabeten: lateinisch, griechisch und kyrillisch.

23 davon werden im Europäischen Parlament genutzt. Wie man liest, verzichtete Luxemburg auf das Luxemburgische als EU-Amtssprache. Dennoch, es bleibt immer noch der gleichberechtigte Status von 23 Sprachen: für Reden, für Verträge, für Schriftstücke.

Die am häufigsten gesprochene Muttersprache in Europa ist Deutsch, immerhin 18 Prozent der Menschen in Europa sprechen es in der einen oder anderen Form (siehe Bayern und Rügen). Weniger als ein Prozent bekommt das Irische mit der Muttermilch. Insgesamt beherrschen jedoch 51 Prozent, also mehr als die Hälfte der Menschen auf dem Kontinent, das Englische.

Und falls mal doch nichts mehr geht: Mit Händen und Füßen und einem Lächeln kann man eine Menge Gemeinsames auf den Weg bringen. db

Wir machen klare Angebote

DIE LINKE ist anders. Das ist mehr als eine Feststellung – das ist ein Versprechen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien haben wir um unser Wahlprogramm richtig gerungen, statt es mehr oder weniger durchzuwinken. Im Gegensatz zu den anderen Parteien sagen wir nicht: »Europa ist gut – also weiter so!« Wir sagen: »Europa kann es besser – kein weiter so!« Im Gegensatz zu den anderen halten wir nicht fest an untauglichen, überlebten und spaltenden Positionen, wir wollen ein solidarisches, friedliches und demokratisches Europa. Und deshalb fallen wir auf mit unserer Kampagne – im Ge-

gensatz zu allen anderen. Was in den kommenden Wochen im Straßenbild zu sehen ist, ist der plakatierte Anspruch der LINKEN an Europa. Schwarz auf weiß zeigen wir, was wir von Europa erwarten, wofür wir streiten, damit es ein Europa der Menschen wird. DIE LINKE macht Wählerinnen und Wählern klare politische Angebote, konkret und verständlich. Wir kämpfen um die Europäische Union. So haben wir es immer gesagt, dabei bleibt es. Dabei bleibt es auch auf unseren Plakaten: Nein zu Rüstungsexporten. Ja zu europaweiten sozialen Standards für gute Löhne und sichere Renten. Nein zu

Armut im Alter hier und in ganz Europa. Nein zur Rettung von Banken auf Kosten sozialer Sicherungssysteme der Allgemeinheit. Soziale Spaltung, Neid und das Recht des Stärkeren – das sind die falschen Antworten auf die Frage: Wie soll Europa sein? Gerechtigkeit und Frieden – das ist unsere Antwort, unsere Vision für Europa. Verbunden mit mehr Demokratie und mehr Menschlichkeit. Wäre Europa nicht greifbarer für uns, wenn wir alle in wichtigen Fragen mitbestimmen dürften? Ich denke, ja. Wäre es nicht besser, wenn uns zukünftig die Bilder von Ertrinkenden an den Grenzen Europas erspart

blieben? Wir stattdessen gerade denjenigen Schutz und Zuflucht bieten, die sonst nichts mehr haben? Ich denke, ja. Damit ist DIE LINKE näher an der Verheißung eines geeinten Europas, näher am Gründungskonsens der Europäischen Union als alle anderen. DIE LINKE ist anders – dieses Versprechen lösen wir ein. Wir kämpfen dafür, dass endlich Solidarität, Demokratie und Frieden in Europa regieren – selbstbewusst und optimistisch, mit Herz und Verstand und ganzer Kraft.

Matthias Höhn,
Bundeswahlkampfleiter

Die andere Seite der Medaille

In vielen öffentlichen Debatten kommt die Europäische Union schlecht weg. Ausufernde Bürokratie, intransparente Entscheidungen, eine Vormachtstellung neoliberaler Politik und das Versagen in der Finanzkrise sind Gründe dafür. Doch die EU allein auf eine Institution zu reduzieren, mit deren Hilfe der Sozialabbau vorangetrieben wird oder die sich im besseren Fall um den Krümmungsgrad von Gurken und Bananen kümmert, geht fehl. Neben der notwendigen Kritik gilt es auch, die zahlreichen Chancen und Möglichkeiten zu betonen. Gerade die neuen Bundesländer verdanken der EU viel. Seit Beginn der ersten Förderperiode im Jahr 1990 erhielt Thüringen rund acht Milliarden Euro aus Strukturfonds wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) oder dem Europäischen Fonds für

regionale Entwicklung (EFRE). Ohne diese Mittel wären die sozialen Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen Umbruchs wesentlich härter ausgefallen. Das gilt für den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur ebenso wie für die Entwicklung im ländlichen Raum. Auch Kommunen und lokale Akteure waren und sind als Projektträger beteiligt. Einige Beispiele: Die Krämpfervorstadt in Erfurt wurde mit Fördermitteln von 17 Millionen Euro aus dem EU-Projekt URBAN in den 1990er Jahren städtebaulich entwickelt. Im Ilmkreis wurden im Rahmen des ESF-Programms »Gute Arbeit für Alleinerziehende« Vermittlungsberatung und Integrationshilfen für Alleinerziehende organisiert. Von den etwa 1000 Hektar Steppenrasen in Deutschland befinden sich 400 Hektar in Thüringen. Fünf Millionen Euro werden im

Rahmen der EU-Förderung in 13 Projektgebieten im Thüringer Becken und dessen Randlagen zum Erhalt und zur Entwicklung dieser einzigartigen Naturlandschaft eingesetzt. Wichtig zu wissen: Vor dem Hintergrund der bis 2019 auslaufenden Mittel des Solidarpakts wächst die Bedeutung der europäischen Förderung sogar noch! Fest steht, Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, haben enormen Einfluss auf uns, sie wirken bis weit in die Kommunen hinein. Das ist Grund genug, auf linke Ziele für ein friedliches, soziales, solidarisches und demokratisches Europa zu setzen. Auch und gerade bei der Europawahl 2014.

Bodo Ramelow,
Fraktionsvorsitzender der
Fraktion DIE LINKE. im
Thüringer Landtag



**Was gehört
uns allen?
Sie entscheiden!**

DIE LINKE.

www.dielinke-kommunal.de



»Wir müssen die Erfahrung nutzen«

Eigentlich hat er sich auf ein paar entspannte Sommermonate gefreut. Doch dann kam die Flut nach Sachsen. Wie tausende andere Ehrenamtliche wollte Michael Bagusat-Sehrt helfen, als seine Heimatstadt Torgau vom Wasser bedroht wurde. Drei Wochen lang organisierte der DRK-Katastrophenschutzzug, in dem er sich ehrenamtlich engagiert, Evakuierungen und Versorgung, betreute Betroffene, leistete medizinische und psychologische Hilfe. In Spitzenzeiten reichten sie 2900 Essen pro Mahlzeit an freiwillige Helfer, Feuerwehr und THW aus. Doch auch nach der Flut beschäftigt den gelernten Matrosen, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag von Nordsachsen sitzt, das Thema. »Hier vor Ort können wir noch sehr viel tun.« So müsse man den Evakuierungsplan in den Landkreisen verbessern: »Wenn so ein Katastrophenfall eintritt sollten alle einen Plan im Schreibtisch haben. Ob Altenheim oder Behörde, jeder sollte wissen, was zu tun ist.« Auch die Erfahrungen beispielsweise der Deichläufer könnten bei der Planung und Umsetzung von Deichanlagen besser genutzt werden. »Die Leute machen das zum Teil seit Jahren. Ihr Wissen um den Deich ist zu wertvoll, um es ungenutzt zu lassen.«

Linke Kommunalpolitik hat viele Gesichter

Unsere Kommunalpolitik hat viele Gesichter. Kommunalpolitik ist das Herz unserer Parteiarbeit. Über 1000 Menschen engagieren sich für DIE LINKE in sächsischen Kommunalparlamenten. Ihre Arbeit macht unsere Politik vor Ort direkt erfahrbar. Sie wollen mehr wissen über unsere kommunalpolitischen Standpunkte? Schauen Sie einfach im Internet. Unter www.dielinke-sachsen.de/kommunalwahl2014 stellen wir Ihnen weitere Informationen bereit.

»Wir können da was erreichen«

Uwe Baumgarten sammelte 7 500 Unterschriften für »seine« Krankenhäuser

Vor 16 Jahren ist Uwe Baumgarten von Nordhausen in die sächsische Landeshauptstadt gezogen. »Dresden«, sagt er, »ist meine Heimat geworden.« Wegen einer schweren Krankheit ist der 60-Jährige gelernte Baumaschinenführer erwerbsunfähig und mit der Krankheit kamen auch die Krankenhausaufenthalte. Auch im Städtischen Krankenhaus in Friedrichstadt. »Da habe ich eigentlich nur positive Erfahrungen gemacht. Das Personal war immer freundlich und hilfsbereit und hat mich immer sehr gut betreut.« Deshalb musste er auch nicht lange überlegen, als sich ein Bündnis aus Parteien, Gewerkschaft und Betriebsräten gegen die Privatisierung der Städtischen Krankenhäuser bildete. Er wollte einfach »seine« Krankenhäuser erhalten und fing an, in Dresden-Löbtau Unterschriften zu sammeln. »Erst bei Freunden, die haben alle

unterschrieben und fanden das gut. Danach im Gartenverein.« Irgendwann fragte er auch bei seinen Ärzten, ob die nicht Unterschriftenlisten auslegen würden. »Die meisten waren sofort dabei.« Zum Schluss hatte Uwe etwa 12 Sammelstellen eingerichtet, wo er dreimal in der Woche die gefüllten Listen abholte. »Ich habe dann eine richtige Tour draus gemacht.« Über 7.500 Unterschriften sammelte er so ein. Aus dem Bürgerbegehren wurde ein Bürgerentscheid und die Dresdner stimmten gegen die Privatisierung. Inzwischen ist Uwe eine kleine Berühmtheit. »Die Leute sprechen mich auf der Straße an, ob ich ihnen helfen kann.« Ob nach der Schließung der Gebrauchtwarenbörse oder bei fehlender Gehwegbeleuchtung: Wenn er um Hilfe gefragt wird, legt er los. Er schreibt Zeitungen an, macht Probleme öffentlich, redet mit den Verantwortlichen. »Man

kann vor Ort viel erreichen. Gerade mit Bürgerbegehren und -entscheiden. Aber die Hürden sind einfach unnötig hoch. Da muss sich was ändern.« Derzeit sammelt DIE LINKE in Dresden

wieder Unterschriften. Diesmal für ein kommunales Wohnungsunternehmen. Und Uwe Baumgarten? Ist wieder mit dabei. Die ersten 1000 Unterschriften hat er schon zusammen.



»Wir müssen auch Impulsgeber sein«



Bis 2009 saß Regina Schulz im Sächsischen Landtag. Zunächst hatte sie sich für ihre Fraktion mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik befasst. Ab 2004 war sie als Vizepräsidentin des Landtages im Petitionsausschuss. Als sie sich entschied, nicht wieder für den Landtag zu kandidieren, kam zur Ruhe setzen aber nicht in Frage. »Ich habe schon früher und auch während meiner Zeit im Landtag Kommunalpolitik gemacht. Das wollte ich weiter machen.« Heute sitzt sie im Kreistag Bautzen und vertritt ihre Fraktion im Sozialausschuss, wo sie die ganze Bandbreite der Sozial- und Gesundheitspolitik im Landkreis thematisiert. »Manchmal könnte man meinen, wenn es uns nicht gäbe, würde sich der Ausschuss gar nicht treffen müssen.« Dass die Kommunalparlamente Teil der Verwaltung sind, sieht sie

als Herausforderung: »Ich finde, wir sind nicht nur zum Kontrollieren der Verwaltung da. Wir müssen auch Impulsgeber sein.« So wurde auf Antrag ihrer Fraktion hin ein Inklusionskonzept für das Landratsamt erarbeitet, die Frühförderung von Kindern thematisiert. Auch in der Asylpolitik mischt sie kräftig mit: »Das geht auch ganz konkret. Da begleite ich die Leute auf Behörden, betreue Familien, engagiere mich in lokalen Bündnissen.« Fraktionsübergreifend bis zum Landrat brachte ihr das Respekt ein. Für ihr Mandat ist die Frührentnerin auch in den Städten und Gemeinden des Kreises unterwegs und bietet regelmäßig Bürgersprechstunden an. »Ich informiere mich vor Ort, höre die Probleme und Anliegen der Menschen. Und kann im Landratsamt nachhaken.«

»Wir machen den Unterschied«

Linke können nicht mit Geld umgehen? Ines Graichen schmunzelt, wenn sie dieses gängige Klischee hört. Die 50-jährige ist Vorsitzende des Finanzausschusses in Borna. DIE LINKE ist dort stärkste Fraktion im Stadtrat. Seit 2008 stellt sie die Oberbürgermeisterin. »Wir haben in den letzten Jahren in Borna Gewaltiges erreicht«, meint Ines Graichen. So konnte die Verschuldung der Stadt um etwa 5 Mio. Euro abgebaut werden. Borna hat nur noch eine Pro-Kopf-Verschuldung von 283 Euro. Und das, obwohl die Stadt in den letzten Jahren deutlich in die Infrastruktur investiert hat. »Rund 45 Millionen Euro sind

seit 2008 insgesamt geflossen. Wir haben eine neue Grundschule gebaut, eine neue Sporthalle, das Hallenbad saniert, viel Geld in den Straßenbau gesteckt.« Ines nennt nur einige Beispiele. Als Borna die Möglichkeit hatte, Teile der privatisierten Stadtwerke zurückzukaufen, hat man auch diese Chance ergriffen. Die Stadt hat 25 Prozent erworben und sich so Gestaltungsmöglichkeiten zurückgeholt. So zeigt sich in Borna, dass beides geht: Eine solide Haushaltspolitik und Gestaltung der Stadt als attraktiver Lebensraum für ihre Einwohner. »Borna hat sich in den letzten Jahren verändert. Zum Besseren.«



Wir haben alle Projekte erhalten



Chemnitz muss sparen. Das wusste Sabine Pester aus ihrer Zeit als sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss. Seit 2009

sitzt die 29-jährige Historikerin als Stadträtin im Jugendhilfeausschuss. Als 2010 Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung be-

schlossen wurden, hat auch ihre Fraktion das mitgetragen. »Das Ziel ist, beim Jahresabschluss 2015 eine schwarze Null stehen

zu haben«, erläutert sie. »Aber bald war im Bereich Jugendhilfe der Punkt erreicht, wo weitere Kürzungen nicht mehr vertretbar gewesen wären. Fachlich notwendige Projekte standen auf der Kippe.«

Die Fraktion wollte sich damit nicht abfinden, machte die Probleme öffentlich und organisierte Mehrheiten im Stadtrat. Im Rahmen des Haushaltes wurden Lösungen gesucht, Projekte zu sichern, die aus dem Maßnahmenplan herausgefallen waren. »Wir haben es geschafft, dass kein Jugendclub, kein Projekt mehr geschlossen werden musste.«

In diesem Jahr konnten sogar alle Projekte wieder mit dem Maßnahmenplan beschlossen werden. »Aber schon 2015 muss wieder gekürzt werden, droht Projekten wieder das aus.« Klar, dass Sabine sich da weiter engagieren will: »Ich habe mich gut einarbeiten können, bin gut vernetzt. Ich denke, dass wir wieder kreative Lösungen finden werden, um alle Projekte zu sichern. Denn was bringt es, wenn wir präventive, freiwillige Maßnahmen streichen, den Schaden dann aber an anderer Stelle wieder bezahlen müssen?«



Sie haben die Wahl!

Am 25. Mai haben Sie ein ganz besonderes Mitspracherecht. Bei Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen haben Sie nur eine Stimme, mit der Sie den Listenvorschlag einer Partei wählen können. Bei der Kommunalwahl haben Sie jedoch ganze drei Stimmen. Sie können sich ihre Wunschkandidaten quer durch alle Parteien und Listen aussuchen – und sogar einzelne Bewerber nach vorne wählen. So können Sie gezielt die Chancen einzelner Bewerber verbessern, indem Sie ihnen mehrere Stimmen geben (»häufeln« oder »kumulieren«). Einem Kandidaten können Sie also auch Ihre drei Stimmen geben. Beim »Panaschieren« verteilen Sie Ihre Stimmen auf mehrere Bewerber. Auch dabei können Sie häufeln, also Ihrem besonderen Favoriten mehr als eine Stimme geben.

Alle für einen Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen werden dann am Wahlabend zusammengerechnet. Daraus ergibt sich die Anzahl der dem Wahlvorschlag zugefallenen Sitze, die den Kandidierenden in der Reihenfolge der Stimmzahl zugewiesen werden. Das heißt: Die Kandidierenden mit den meisten Stimmen eines Wahlvorschlages ziehen ins Kommunalparlament ein – egal, auf welchem Listenplatz sie von ihrer Partei oder Wählervereinigung vorgeschlagen wurden. Deshalb entscheiden Ihre Stimmen direkt mit, wer Sie letztlich im Stadt- oder Gemeinderat, im Ortschaftsrat oder im Kreistag vertritt. Sie können frei entscheiden, solange Sie nicht mehr als drei Kreuze auf Ihrem Wahlschein machen. Wir empfehlen übrigens drei Stimmen für DIE LINKE. Trauen Sie sich, sieht ja keiner.

Wir gestalten am Besten gemeinsam

Wenn man Frank Dahms als »Kümmerer« bezeichnet, hat das für ihn nichts Abfälliges. »Im Gegenteil: ich will ja im Alltag für die Menschen da sein, nicht nur am Wahltag.«

Der 54-jährige sitzt seit 1990 im Stadtrat von Annaberg-Buchholz, seit 1994 ist er im Kreistag. Daneben engagiert sich der selbstständige Antiquar auch in verschiedenen Kultur- und Heimatvereinen, steht dem Erzgebirgszweigverein seiner Heimatstadt vor. Für ihn gehört das Engagement in Vereinen

und das in den Kommunalparlamenten zusammen: »So bin ich ansprechbar und vernetzt. Ich erfahre direkt, was die Leute bewegt.« Und er kann Probleme direkt aufgreifen. »Manchmal kann man nicht sofort helfen, aber man kann etwas anstoßen.« Und dafür setzt er auf ein kollegiales Miteinander, über die Fraktionsgrenzen hinweg. »Meine Idee, deine Idee. Das ist doch am Ende egal. Gute Ideen kann man gemeinsam noch besser machen. Schließlich ist es unsere Stadt, unser Land-

kreis, den wir vor Ort am Besten gemeinsam gestalten.« Deshalb setzt er sich für eine sachbezogene Politik ein und versucht, Mehrheiten mit den besseren Argumenten zu erreichen.

»Wichtig sind da Respekt und Vertrauen. Wenn man sich Vertrauen erworben hat, dann ist auch aus einer Minderheitenposition heraus einiges erreichbar.« Für diese Einstellung wird Frank auch von den Bürgerinnen und Bürgern geschätzt. Bei der letzten Kreistagswahl erhielt er die meisten Stimmen

aller Kandidierenden. Noch vor den Bewerbern der eigentlich dominanten CDU.



Viele gute Gründe für Engagement

Seine Themen sind die Barrierefreiheit, Inklusion und Behindertenpolitik. Werner Kujat studiert Sonderpädagogik an der Uni Leipzig. Und er bewirbt sich mit 23 Jahren zum ersten Mal um einen Sitz im Stadtrat. Das Spannende an der Kommunalpolitik sei doch, meint er, dass man näher dran ist an den Betroffenen: »Man kann schauen: Wie sieht es aus mit dem Zugang zur Stadtgesellschaft für Menschen mit Beeinträchtigungen? Sind öffentliche Orte barrierefrei? Was für Angebote gibt es für die Menschen?« Auch müsse man schauen, wie es mit den Rechten und Möglichkeiten des Behindertenbeirates stehe: »Ist der sinnvoll ausgestattet oder gibt es da Defizite?« Der Einfluss

der Kommunalpolitik sei zwar begrenzt, dennoch könnte man auch vor Ort einiges erreichen. »Zum Beispiel bei Schulstandorten: Setze ich Förderschulen nur in bestimmte Viertel, fördere ich Separation und schaffe eventuell Brennpunkte. Verteile ich sie, in Nachbarschaft zu anderen Schulformen, kann ich Voraussetzungen für den integrativen Ansatz fördern: Schüler der Förderschulen können so stundenweise die Nachbarschule besuchen.« Eine Frage will er jedoch nicht einfach stehen lassen: Warum sich junge Menschen in den Kommunen wählen lassen sollten. »Es gibt viele gute Gründe sich kommunal zu engagieren. Ganz unabhängig vom Alter.«



Impressum Seiten 1–2 und 10–11

Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a, 01129 Dresden

V.i.S.d.P.: Antje Feiks

Auflage: 800 000 Stück
Redaktionsschluss 5. März 2014

Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Fotos liegen bei der Partei DIE LINKE.
Landesverband Sachsen.

kontakt@dielinke-sachsen.de
Telefon: 0351/8532725
Fax: 0351/8532720

Mahnen, aufrütteln, ermutigen, bestärken. Künstlerinnen und Künstler mischen sich ein. Es geht um Europa. Mein, dein, Ihr, unser Europa. Da kann man nicht leise sein. Da hat man nicht zu schweigen. Da muss man die Dinge beim Namen nennen!

Unser Europa

wäre nur eine solche Europäische Union, die nicht länger Tod und Rüstung exportiert, die keinen vertraglichen Zwang zur Aufrüstung kennt, die Frontex nicht als Tötungsabwehr gegen Flüchtlinge einsetzt, die politische Vorreiterin der Abrüstung wäre, weil sie – wie Willy Brandt in seiner Stockholmer Nobelpreisrede – Krieg als ultima IRRATIO brandmarkt.

- Peter Bause
- Helena Büttner
- Diether Dehm
- Katja Ebstein
- Heidrun Hegewald
- Jörn Hinkel
- Jutta Kausch
- Inge Keller
- Harald Kretzschmar
- Manfred Maurenbrecher
- Gisela May
- Gina Pietsch
- Dieter Wedel
- Renate Richter
- Frank Viehweg
- Konstantin Wecker
- Manfred Wekwerth



Küsten

Europa ist nicht fassbar – sagen die einen. Europa ist unfassbar schön – sagen andere. Oft werden Zahlen bemüht, um Nicht- bzw. Unfassbares zu packen, verständlich zu machen, zu überblicken. Wie wäre es mit dieser: Der Kontinent Europa hat eine Küstenlänge von rund 117 000 Kilometern. Klingt so viel wie der Erdumfang von 40 000 Kilometern. Das sind die Fjorde im Norden, die weißen Strände im Süden und die rauen Küsten im Westen. Küsten sind Ränder. Über den Rand kann man hinausschauen, von dort aus aufbrechen, z. B. in die »Neue Welt« wie einst Vasco da Gama oder Christoph Kolumbus. Küsten sind Geschichte. Wie jener Strandabschnitt in der Normandie, »Omaha Beach«, an dem die Alliierten im Juni 1944 endlich landeten, um Europa mit der zweiten Front noch schnell-

er vom Faschismus zu befreien. Und Küsten sind Hoffnung. Hoffnung auf festen Boden unter den Füßen nach Tagen oder Wochen der Flucht vor Armut und Gewalt in löchrigen, überladenen Booten. Es muss verboten werden, diese Hoffnungen zu enttäuschen. Aufbrechen, ankommen – mit Hoffnungen und Wünschen. Geregelt passiert das täglich in den Häfen an den Küsten. Für tausende kleine Fischerboote, deren Hoffnung in einem guten Fang besteht. Für hunderte größere Kreuzfahrtschiffe und Fähren. Und die ganz großen: Zwei der weltweit zehn größten Häfen befinden sich in Europa, in Hamburg und Rotterdam. Ob klein oder groß, ihnen allen ist gemein, dass sie nicht nur Umschlagplätze der (Welt-) Wirtschaft sind, sondern Orte des kulturellen Austauschs, Orte der Begegnung – des Miteinanders. db

Begegnungen, Veranstaltungen, Aktionen

Wer DIE LINKE hautnah und direkt erleben und dabei sein möchte, wenn für ein soziales und friedliches Europa gekämpft und gestritten wird, oder dem seien folgende Termine und Aktionen empfohlen:

30. April 2014

Wahlkampfauftakt in Erfurt auf dem Anger mit Gabi Zimmer und Sahra Wagenknecht
Beginn 15 Uhr

1. Mai 2014

Tag der Arbeit, Kundgebungen und Demonstrationen in vielen Städten Deutschlands



9. – 11. Mai 2014

Parteitag der Partei DIE LINKE in Berlin, Velodrom, zu erreichen vom S-Bahnhof Landsberger Allee

10. Mai 2014

»Energiewende nicht kentern lassen!« – Großdemonstration in Berlin

17. Mai 2014

Internationaler Tag gegen Homophobie

23. Mai 2014

Wahlkampfabschluss auf dem Berliner Alexanderplatz mit Gregor Gysi, Gabi Zimmer, Bernd Riexinger
Beginn 16 Uhr

Preisrätsel

Zu gewinnen:

- Reise für zwei Personen nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments
- Reise für zwei Personen nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestags
- Reise für zwei Personen nach Elgersburg, Thüringen, mit Übernachtung im Hotel am Wald
- Je ein Jahres-, ein Halbjahres- und ein Vierteljahresabonnement der Tageszeitung »neues deutschland«
- drei signierte Exemplare des Buches »Meister der komischen Kunst« von Gerhard Seyfried
- drei Wahlkampfgeschenke von Alexis Tsipras
- drei signierte Exemplare des Buches »Das ist eine Geschichte« von Kathrin Gerlof
- sieben Tour-T-Shirts zu den Z-Veranstaltungen

Lösung des Kreuzworträtsels bitte bis zum 1. Juni 2014 einsenden an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin. Oder per E-Mail an: parteivorstand@die-linke.de

Impressum: Zeitung zur Europawahl 2014
Auflage 5 595 000, Redaktionsschluss: 18. März 2014, Herausgeberin: DIE LINKE
Telefon: 030 / 24 00 99 99, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Druckhaus Schöneweide

unsinnige Äußerung	Stadtteil von London	russ. Kaviar	Kohlenklein	Spielkarte	altägypt. Erdgott	Kellner	4	Furcht	Ansiedlung			
linker EU-Spitzenkandidat						Trinkstube			Brillenbehälter			
	2		Nutzung (engl.)			Schwimmvogel						
Hauptst. Grönlands Sitz EU-Parlament					7				Kartenwerk			
			3 6 1 8 7 4			9	weibl. Schwein					
Schaft d. Trommelschlägels	Wehlaut	europ. Musikwettbewerb	2 8 5 9		7	8			10			
	6		3		9	6	Rolle v. Otto Waalkes	Feldhuhn	flämischer Maler			
Gespielin Tarzans	Bantu-sprache		5 9 6 1 7			4 1 7	begeisterter Anhänger					
					2	5						
			1		6 9	3		11				
modische Eleganz	LINKE-Spitzenkandidatin	linke EP-Fraktion	Recht (engl.)	längster europ. Fluss	engl. Schriftst. »D. dritte Mann«	Mutter d. Burgunderkönige	Schritt (span.)	phöniz. Königstochter	8			
Verkehrsmittel	9		Bisum in Nigeria				Luft (griech.)					
Nährmutter	verpöner Ausdruck Meer (frz.)				3		längliche Vertiefung					
			malaiisches Pfeilgift	Wind-schatten			Brennstoff	Singstimme	Nebenfluss der Warthe			
rote Malfarbe, Rostschutz							Titel jüdischer Gelehrter					
			griech. Hirten-gott				Bergweide (süddt.)		5 TROLL			
Gelände-erhebung	Löwe (lat.)		1		Apfel-sorte				12			
Lösung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

HOTEL AM WALD
ELGERSBURG, IM HERZEN THÜRINGENS

Erholung und Gesundheit
3 Übernachtungen mit Frühstück,
2x dreiteiliges Abendessen nach Vorauswahl,
1x Festmenü mit einem Glas Sekt,
1x Saunabesuch, ½ Kegelstunde

Schmücker Str. 20 · 98716 Elgersburg/Thr.
www.hotel-am-wald.com
Telefon 03677 79800

Jetzt für iOS und Android:
Die nd-App

www.neues-deutschland.de/app

Erhältlich an App Store
JETZT BEI Google play

neues deutschland
DRUCK VON LINKS